

P1 Ungebrochen Solidarisch - Gegen Rechts hilft Links

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 19.03.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Politische Lage

1 Von Potsdam bis Würzburg

2 Deportationspläne von Nazis und Unionspolitiker*innen bei einem Geheimgespräch,
3 ein Heinrich Himmler verehrender AfD Abgeordneter im bayerischen Landtag, mit
4 Volksverhetzung in Verbindung stehende Burschenschaften, Bedrohung von zum Feind
5 erklärten Politiker*innen durch rechte Mobs und eine Migrationspolitik, in der
6 Zwangsarbeit kein Tabu mehr ist.

7 Überall ist das Erstarken extern rechter Netzwerke und rechter Politik spürbar.
8 Die extreme Rechte hat in den letzten Jahren ein breites Netzwerk aus
9 demokratiefeindlichen Vorfeldorganisationen, finanzstarken Spender*innen und
10 fragwürdigen Verbindungen ins Ausland, insbesondere nach Russland, aufgebaut.
11 Zentrum dieses Netzwerks ist die sogenannte "Alternative für Deutschland", mit
12 der es die extreme Rechte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik
13 geschafft hat, eine Partei gewissermaßen als "Lagerfeuer" zu etablieren, um das
14 sich verschiedenste demokratiefeindliche Gruppen versammeln können, egal ob
15 klassische Neonazis, "Querdenker*innen", sog. Neue Rechte oder bürgerliche
16 Milieus.

17 Die extreme Rechte arbeitet dabei mit dem Konzept der "kulturellen Hegemonie".
18 Das bedeutet, dass in allen Lebensbereichen extrem rechter Positionen und
19 Erzählungen etabliert werden soll, da dies als Voraussetzung für eine
20 erfolgreiche Machtübernahme angesehen wird. Entsprechend agieren die
21 unterschiedlichen Organisationen und Einzelpersonen aus dem extrem rechten
22 Milieu und versuchen, die Debatte in den sozialen Medien zu dominieren, in
23 Verwaltungen, Betrieben sowie Betriebsräten Schlüsselpositionen zu besetzen,
24 soziale Räume wie Jugendzentren für sich einzunehmen und damit letztlich das
25 Fenster des Sagbaren immer weiter nach rechts zu verschieben. Dazu kommen
26 gezielte, auch gewalttätige Einschüchterungen politischer Gegner*innen.

27
28 Das Ziel all dieser Bemühungen ist die Etablierung eines autoritären, national-
29 chauvinistischen Regimes. Menschen mit Migrationsgeschichte würden mehr oder
30 weniger direkt gezwungen, das Land zu verlassen, die in den letzten Jahren
31 erkämpften Rechte für queere Menschen wieder abgeschafft und Frauen zurück in
32 patriarchal geprägte Rollenbilder gedrängt. Auch gegen Jüdinnen*Juden würde sich
33 eine derartige Herrschaft richten, denn Antisemitismus ist ein Teil der extrem
34 rechten Ideologie.

35 Kurz: Anstatt dass sich unsere Gesellschaft weiter demokratisiert und ein
36 solidarisches Zusammenleben entwickelt, steht die Demokratie stark also unter
37 Beschuss und muss entschlossen verteidigt werden.

38 Rechte Netzwerke schwächen – AfD verbieten

39 Es gilt, dieses Erstarken mit aller Kraft aufzuhalten. Das bedeutet, dass die
40 Bemühungen der extremen Rechten um Machtpositionen und kulturelle Hegemonie
41 gezielt bekämpft werden müssen. Dabei gilt es vor allem, extrem rechte Netzwerke
42 zu zerschlagen. BR-Recherchen gehen davon aus, dass durch die AfD mehr als 100

43 Rechtsextreme im Bundestag beschäftigt sind. Die Correctiv-Recherchen haben
44 verdeutlicht, wie AfD-Abgeordnete so den Zugriff auf sensible Daten ermöglichen
45 und rechte Netzwerke finanzieren. Es ist klar, dass die AfD Zentrum und Anker
46 eines Großteils der extrem rechten Vernetzung in Deutschland ist. Ein
47 Parteiverbot würde der politischen Rechten in Deutschland einen Großteil ihrer
48 Ressourcen entziehen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Rechtsprechung
49 zurecht hohe Hürden für Parteiverbote aufgebaut. Eine Verfassungsfeindlichkeit,
50 eine kämpferische Haltung gegen die Demokratie und eine ausreichende Relevanz
51 der zu verbietenden Partei müssen gegeben sein. Es gibt inzwischen erhebliche
52 und konkrete Hinweise, dass die AfD alle Kriterien erfüllt. Als GRÜNE JUGEND
53 Bayern fordern wir deswegen zum Schutz der Demokratie, umgehend ein Verfahren
54 für ein Parteiverbot der AfD einzuleiten. Zunächst gilt es dabei, die zum großen
55 Teil öffentlich vorhandenen Beweise zu sammeln, eine erste Klageschrift zu
56 entwerfen und auf Erfolg zu beurteilen.

57 Die AfD ist der parlamentarische Arm der rechten Szene Deutschlands. Das Problem
58 ist aber größer. Rechte Verbindungen stellen günstige Wohnungen, Nazis bieten
59 vielerorts ein soziales Netzwerk für Jugendliche. Dieses Feld dürfen wir ihnen
60 nicht überlassen.

61 Zum einen muss auch hier mit den rechtsstaatlich vorgesehenen Maßnahmen
62 gearbeitet werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die bayerische
63 Staatsregierung und das Bundesinnenministerium auf, extrem rechte
64 Vorfelddorganisationen wie die "Identitäre Bewegung" oder "Ein Prozent für unser
65 Land" umgehend aufgrund ihrer Verfassungsfeindlichkeit zu verbieten. Auch extrem
66 rechte Burschenschaften wie die Teutonia in Würzburg, die Danubia in München
67 oder die Markomannia Wien in Deggendorf und Passau müssen verboten, geschlossen
68 und deren Vereinsvermögen eingezogen werden.

69 Als GRÜNE JUGEND müssen wir zudem an solidarischen Strukturen arbeiten. Wenn wir
70 als politisch Linke sichtbar das Zusammenleben vor Ort prägen und konkret Hilfe
71 leisten, gewinnen wir Vertrauen und sind nahe an den Menschen dran, wenn sie
72 drohen von rechter Rethorik überzeugt zu werden.

73

74 (Infra-)Strukturen erhalten und aufbauen

75

76 Die extreme Rechte fühlt sich an den Orten besonders wohl, wo wenig etablierte
77 Strukturen und kaum solidarische Gemeinschaft existieren. Dort, wo das Vertrauen
78 in staatliche Institutionen gering ist - oft aufgrund ihres Rückzuges aus diesen
79 Regionen in den vergangenen Jahren - und zivilgesellschaftliche Initiativen kaum
80 vorhanden sind, kann sich die AfD besonders gut ausbreiten.

81

82 Ob die Einstellung von Zugverbindungen, das Fehlen öffentlicher Begegnungsräume
83 oder die mangelnde Finanzierung für örtliche Schwimmbäder - an all diesen Orten
84 mangelt es an Investitionen von Bund und Land. "Der Staat" zieht sich zurück,
85 weil ihm die finanziellen Mittel fehlen. Deshalb wirkt die Sparpolitik wie ein
86 Konjunkturpaket für Rechtsextreme. Als GRÜNE JUGEND Bayern fordern wir deshalb
87 die Abschaffung der Schuldenbremse.

88

89 Stattdessen bedarf es eines umfassendesn Investitionsprogramms in
90 Grundversorgung und soziale Infrastruktur. Dabei muss klar sein, dass ein
91 solches Investitionsprogramm nur dann wirksam sein kann, wenn es einen
92 deutlichen demokratischen Gestaltungsanspruch hat. Deshalb betrachten wir es als

93 unerlässlich, sichere Orte für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen explizit
94 als Teil der erforderlichen sozialen Infrastruktur anzuerkennen. Insbesondere
95 dort sowie in Schulen, Jugendzentren und der Sozialarbeit bedarf es geschulten
96 Personals, das demokratische Grundwerte nicht nur vermitteln, sondern auch in
97 der Praxis umsetzen kann.

98
99 Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist klar, dass einer kritischen Thematisierung
100 rassistischer und rechtsextremer Positionen von Parteien weder das Recht der
101 Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb, Regelungen des
102 Beamten- oder des Schulrechts, noch didaktischen Leitprinzipien wie das
103 Kontroversitätsgebot politischer Bildung entgegenstehen, sondern dass diese
104 vielmehr dringend geboten ist. Kurzum, der Staat darf nicht neutral gegenüber
105 menschenverachtenden Positionen und seinen Feind*innen sein.

106 Die komplexe Wurzel des Problems - Rechtes Gedankengut aus den Köpfen bekommen

107 Aufbauend auf diesem Verlust von Vertrauen in staatliche Strukturen und somit
108 staatliche Institutionen können Populismus und Verschwörungserzählungen sehr
109 erfolgreich sein, insbesondere in Kombination mit dem Gefühl persönlicher
110 Zurücksetzung, das oft aus einer prekären wirtschaftlichen Lage der Betroffenen
111 erwächst.

112 Dass Menschen sich ihre Stromrechnung und ihren Wocheneinkauf nicht mehr leisten
113 können, macht sie empfänglich für vermeintlich einfache Lösungen von rechts.

114 Gleichzeitig gibt es aber auch wichtige kulturelle Gründe für die Neigung zu
115 extrem rechten Parteien. Ein besonders zentrales Motiv, das zeigen empirische
116 Untersuchungen sehr deutlich, ist die Ablehnung von Migration, die eng mit
117 rassistischen Vorurteilen verknüpft ist. Gerade bei jüngeren Männern spielt auch
118 Antifeminismus, auch in Verbindung mit Rassismus, eine erhebliche Rolle. Solche
119 Einstellungen werden insbesondere in den sozialen Medien verbreitet und tragen
120 zu guten Wahlergebnissen der AfD in dieser Zielgruppe bei.

121
122 Darüber hinaus ist vor allem während der Corona-Pandemie ein großes Milieu
123 entstanden, das Verschwörungserzählungen anhängt, kaum bis gar nicht mehr mit
124 rationalen Argumenten erreichbar ist und zum Teil vor Gewaltanwendung nicht
125 zurückschreckt. Diese Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen, ist
126 unabhängig von allen anderen Bemühungen und Strukturveränderungen enorm
127 schwierig.

128
129 Im Kapitalismus werden Menschen nach ihrer Leistung bewertet, ausgebeutet und
130 stehen in ständiger Konkurrenz zueinander. Die Kluft zwischen Arm und Reich
131 vertieft sich kontinuierlich. Rechtsextreme Kräfte nutzen diese Ungleichheit aus
132 und spielen die finanziell Schwächsten gegeneinander aus, indem sie auf
133 berechnete Existenzängste und mangelnde Bildung zurückgreifen. Auch rechte
134 Parteien bedienen sich dieser populistischen Taktik, die nicht nur inhaltlich
135 falsch, sondern auch menschenverachtend ist. Die Tragweite dessen wird besonders
136 in der Debatte um die Kürzung des Bürgergeldes deutlich.

137
138 Vom Neoliberalismus zum libertären Autoritarismus

139
140 Viele Menschen sind im Glauben an die Leistungsgesellschaft aufgewachsen und dem
141 impliziten Gesellschaftsvertrag der Wohlstand für alle verspricht, die sich nur

142 genug anstrengen. Dieses Versprechen der neoliberalen Leistungsgesellschaft war
143 schon immer eine Lüge und die Brüche werden immer offensichtlicher in Zeiten der
144 Polykrise.

145

146 Bei Menschen, die eigentlich damit gerechnet haben, durch ihre Konformität mit
147 dem neoliberalen Leitbild abgesichert zu sein und jetzt in ihren Ansprüchen
148 frustriert sind, entsteht eine Mischung aus Demütigung und
149 Aggressionsbereitschaft. Diese aggressiven Energien, die von Kränkungen und
150 Frustrationserfahrungen kommen, wenden sich bei vielen allerdings nicht direkt
151 gegen neoliberale Gesellschaft, da die Identifikation mit entsprechenden
152 Leitbildern und die Angst vor Beschämung zu groß sind.

153

154 Als Ersatzobjekte der Aggression und Ablehnung dienen Politiker*innen,
155 gesellschaftliche Institutionen, die Demokratie als Ganzes. Zum anderen entlädt
156 sich der Frust auf als »fremd« markierte Gruppen, beispielsweise Geflüchtete,
157 insbesondere auf Minderheitengruppen wie wohnungslose oder langzeitarbeitslose
158 Personen, die vermeintlich den Normen der neoliberalen Erfolgs- und
159 Leistungsgesellschaft nicht entsprechen.

160 Diese Gruppe der sogenannten entsichert Marktförmigen hat ein hohes Protest- und
161 Gewaltpotenzial, treibt einen libertären Autoritarismus voran und wählt zu einem
162 großen Teil AfD.

163

164 Es ist unabdingbar, dass wir uns als Gesellschaft vom neoliberalen
165 Märchenschloss der Erfolgs- und Leistungsgesellschaft verabschieden und
166 aufhören, diese nicht haltbaren Versprechen in die Köpfe der Menschen zu
167 hämmern. Das absehbare, aber immer verschwiegene Scheitern des Versprechens "Wer
168 nur hart genug arbeitet, wird es besser haben" hat zu einem Vertrauensverlust in
169 die Demokratie geführt.

170 Rechte Erzählungen greifen all diese Unsicherheiten und Vorurteile der Menschen
171 sowie die weit verbreiteten Verschwörungsmymen auf und verwandeln sie in
172 menschenverachtende Überzeugungen, die oftmals in Gewalttaten enden.

173 Eine Studie der Bertelsmannstiftung zeigt, dass die Unsicherheit und der
174 Vertrauensverlust in demokratische Parteien dort besonders groß ist, wo die
175 finanzielle Lage der Menschen schlecht und die Gemeinschaft geschwächt ist.
176 Paradoxerweise steht der Sozialstaat trotzdem derzeit auch seitens der
177 Bevölkerung massiv unter Druck. Fast 2/3 der Menschen und ein Großteil der AfD-
178 Wähler*innen wünschen sich Einsparungen beim Bürgergeld bzw. beim Sozialstaat.
179 Im Vergleich zu Untersuchungen zu Beginn der 10er-Jahre hat sich das Verhältnis
180 in Bezug auf die Gesamtheit der Wähler*innen quasi umgedreht. Der Angriff
181 erfolgt dabei einerseits aus neoliberalen Motiven, andererseits – insbesondere
182 im Fall der AfD-Wähler*innen – aufgrund der extrem rechten Ideologie
183 inhärenten Sozialdarwinismus. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist klar: Wir
184 müssen den Sozialstaat gegen diese Angriffe verteidigen und für eine
185 Sozialpolitik sorgen, die alle absichert und von oben nach unten umverteilt.
186 Gleichzeitig kämpfen wir für bessere Löhne, damit die Menschen von ihrer Arbeit
187 auskömmlich leben können. So entziehen wir der sozialen Unsicherheit der
188 Menschen die Grundlage. In unserem Kampf für den Sozialstaat bedenken wir, dass
189 er mit Aufklärung und politischer Bildung einhergehen muss, die den Sozialstaat
190 entdämonisiert.

191 Auch wir als GRÜNE JUGEND Bayern müssen unsere Art und Weise, linke Basisarbeit
192 zu betreiben, hinterfragen. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, Grundlagen
193 der Systemkritik zu vermitteln und immer nur den gleichen, eher privilegierten
194 Personenkreis anzusprechen. Die GRÜNE JUGEND Bayern gibt ihren Mitgliedern
195 konkrete Werkzeuge an die Hand, damit sie vor Ort den sozial Schwachen und
196 Diskriminierten zuhören und bei ihren Problemen helfen können. Nur so können wir
197 breite Unterstützung für einen starken Sozialstaat organisieren!

198 Wenn wir Menschen ein gutes Leben geben, anstatt rechten Positionen
199 hinterherzulaufen, können wir diese menschenfeindliche Politik gemeinsam
200 bekämpfen.

201
202 Reclaim Social Media!

203
204 Um die extreme Rechte erfolgreich bekämpfen zu können, dürfen ihren
205 Akteuren*innen die wichtigsten Debattenräume dieser Zeit nicht einfach
206 überlassen werden.
207 Die Frage darf nicht mehr lauten, ob wir Social Media, insbesondere TikTok,
208 bespielen wollen, sondern ob wir es uns leisten können, es nicht zu tun - und
209 die Antwort lautet nein. Schon seit geraumer Zeit haben extrem rechte
210 Politiker*innen und Influencer*innen die Diskurshegemonie in den sozialen Medien
211 erlangt. Besonders auf TikTok, aber auch auf X – unter Mithilfe von Elon Musk –
212 und den Meta-Netzwerken finden gerade junge Menschen extrem rechte Inhalte, ohne
213 dass dem progressive Erzählungen entgegengesetzt werden. Ein Indiz für die
214 Wirksamkeit dieser Dauerbeschallung sind auch die Wahlergebnisse der U18- und
215 Juniorwahlen im Rahmen der Landtagswahlen letzten Jahres, bei denen vor allem die
216 AfD einen deutlichen Zuwachs verzeichnen konnte. Gleichzeitig sind die
217 Plattformen voll von absichtlicher Desinformation und Hetze, die insbesondere
218 durch staatliche russische Trollfabriken verbreitet wird. Hier zeigt sich Putins
219 Wille, die westlichen Gesellschaften durch die gezielte Unterstützung der
220 extremen Rechten zu spalten und letztlich in das autoritäre Lager zu ziehen,
221 ganz besonders.

222 All das muss sich ändern! Zum einen sollte die Plattformregulierung so angepasst
223 werden, dass insbesondere gezielte Desinformation, aber auch allgemein
224 menschenverachtende und strafrechtlich relevante Aussagen besser bekämpft werden
225 können und von den Plattformen verschwinden. Und zum anderen müssen progressive
226 Inhalte auf die Plattformen. Als gesellschaftliche Linke und auch als GRÜNE
227 JUGEND Bayern ist es unsere Aufgabe, das zu leisten. Der Landesvorstand wird
228 deswegen beauftragt, seine Social-Media-Konzepte entsprechend anzupassen.
229 Hierbei ist auch ein großes Augenmerk auf die Umsetzbarkeit der Konzepte für die
230 Kreisverbände zu legen. Nur wenn alle mitmachen können, haben wir die Chance,
231 Social Media zu reclaimen.

232
233 Politische Bildung – Mehr Demokrat*innen für die Demokratie

234
235 Junge Menschen haben laut der aktuellen Mitttestudie am häufigsten von allen
236 Altersgruppen ein rechtsextremes Weltbild. Dennoch darf dies nicht als
237 "Jugendphänomen" gesehen werden, denn junge Menschen sind Teil der
238 Gesamtgesellschaft und werden durch sie geprägt. Dazu kommt: Politische Bildung
239 ist in den letzten Jahren auf ein Mindestmaß heruntergefahren worden und das,
240 was vonseiten des Staates als vermeintliche politische Bildung übrigbleibt, ist
241 hauptsächlich schlecht gemachte Extremismusprävention.

242

243 Echte Politische Bildung muss Menschen für die Gestaltung von Demokratie
244 gewinnen, muss individuelle Mündigkeit, Urteils- und Handlungsfähigkeit fördern,
245 anstatt junge Menschen nur als potenzielle Demokratiegefährder*innen
246 anzusprechen. Prävention von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit muss ein
247 erwünschter Nebeneffekt von guter politischer Bildung sein. Nicht
248 Disziplinierung hinsichtlich erwarteter Bedrohungen, sondern mehr konstruktive
249 Demokratie ist notwendig. Politische Bildung als kurzfristiges Interventions-
250 und Präventionsprogramm kann nicht wirken. Sie muss als gesellschaftliche
251 Daueraufgabe angelegt sein.

252

253 Gemeinsam solidarisch gegen die extreme Rechte!

254

255 Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf - um das zu verhindern,
256 ist die Aufgabe aller Demokrat*innen die Demokratie gemeinsam zu verteidigen.
257 Klar ist, dass es fünf vor zwölf ist und es dringend Sofortmaßnahmen wie
258 Vereins- und Parteiverbote und ein anderes Angebot auf Social Media braucht, um
259 den weiteren Aufstieg menschenverachtender Positionen und Parteien zu
260 verhindern. Klar ist aber auch, dass wir an die Ursachen heran müssen. Das
261 Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen muss wiedergewonnen,
262 die (soziale) Infrastruktur, gerade auf dem Land, gestärkt werden. Wir brauchen
263 gute Löhne, eine Bekämpfung von Altersarmut, eine gute Perspektive für junge
264 Menschen und einen starken Sozialstaat, um Menschen in diesen unsicheren Zeiten
265 Sicherheit zu geben. Gleichzeitig müssen wir die Menschenfeindlichkeit vieler
266 durch eine eigene, progressive Erzählung und bessere politische Bildung
267 zurückdrängen. Lasst uns gemeinsam allen deutlich machen, dass die Würde aller
268 Menschen unantastbar und das die unverrückbare Grundlage unserer Demokratie ist
269 - für eine solidarische, diskriminierungsfreie Gesellschaft!

Begründung

Erfolgt mündlich